



Stadt Kamen

Niederschrift

PSV

über die
2. Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses
am Montag, dem 08.04.2019
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:03 Uhr
Ende: 19:56 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Herr Maurice Keßler
Herr Martin Köhler
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Ursula Müller
Herr Peter Resler
Herr Theodor Wältermann
Herr Leon Zühlke

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Martin Niessner
Herr Ernst-Dieter Standop

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken

DIE LINKE / GAL

Herr Friedhelm Schaumann

FW/FDP

Frau Heike Schaumann

Sachverständige Bürger gem. § 23 Abs. 2 Satz 3 DSchG NRW

Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses

Herr Winfried Borgmann
Herr Heinrich Kissing
Herr Klaus Michallik
Frau Sonja Wundrock

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Gabriela Schwering
Frau Andrea Strauß

Entschuldigt fehlten

Herr Denis Aschhoff
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Marian-Rouven Madeja
Herr Bastian Nickel
Herr Klaus Slomiany
Herr Martin Wilhelm

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses, begrüßte die Anwesenden, die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Frau **Dörlemann** fragte, warum der TOP 1 des nichtöffentlichem Teils nicht dem öffentlichem Teil der Sitzung zugeordnet worden sei. Die Denkmalliste sei öffentlich und enthalte keine personenbezogenen Daten, etc. Das Buch von Herrn Stoltefuß beinhalte ebenfalls umfangreiche Beschreibungen der Baudenkmäler. Frau Dörlemann schlug die Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes in den öffentlichen Teil vor.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass in dem angesprochenen Tagesordnungspunkt nicht allein die Denkmalliste der Stadt Kamen thematisiert werde. Es handle sich u.a. auch um erlaubnispflichtige Maßnahmen. Da es einen Bezug zu konkreten Adressen gebe, habe die Verwaltung entschieden, diesen Punkt nichtöffentlich zu behandeln. Sollte es beispielsweise um die Eintragung eines Denkmals in die Denkmalliste der Stadt Kamen gehen, werde diese Thematik in der Folge sowieso öffentlich behandelt.

Frau **Dörlemann** erwiderte, dass es sich nicht um personenbezogene Daten handle und die Entscheidung nicht nachvollziehbar sei. Die Thematik der Abgrenzung von öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten solle in den Ältestenrat eingebracht werden.

Herr **Dr. Liedtke** stimmte diesem Vorschlag zu. Er betonte, dass es sich bei dem Tagesordnungspunkt unter anderem auch um Gebäude und bauliche Anlagen handle, die nicht als Baudenkmal eingetragen worden sind. Durch den Adressenbezug sei die Behandlung der Thematik im öffentlichen Teil kritisch.

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 08.04.2019 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Integriertes Handlungskonzept Kamen-Heeren-Werve hier: Bericht des Stadtteilmanagers, Herrn Hamborg, plan-lokal Dortmund	
3	14. Änderung „Viktoria“ des Flächennutzungsplans der Stadt Lünen sowie Bebauungsplan Nr. 229 „Viktoria-Ost“ hier: Information zur Standortsuche Maßregelvollzugsklinik (Sondergebiet „Forensische Klinik“) in Lünen sowie zur Stellungnahme der Stadt Kamen	033/2019
4	Bürgerbeschwerde gem. § 24 GO NRW zur Verkehrssituation in der Hansastraße hier: Auswertung der Verkehrsmessung und weiteres Vorgehen	034/2019
5	Bauvorhaben im Stadtgebiet	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bericht der Unteren Denkmalbehörde der Stadt Kamen hier: Erlaubnispflichtige Maßnahmen gem. § 9 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSchG NRW) sowie Eintragungen in die Denkmalliste der Stadt Kamen gem. § 3 DSchG NRW	037/2019
2	Bericht der Unteren Denkmalbehörde der Stadt Kamen hier: Gewährung von Fördermitteln zur Erhaltung und Pflege von Denkmälern gem. § 35 Denkmalschutzgesetz NRW (DSchG NRW) sowie Ausstellung von Bescheinigungen für steuerliche Zwecke gem. § 40 DSchG NRW	036/2019
3	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
4	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Herr **Streich**, Anwohner der Werver Mark, erläuterte, dass die Logistikstandorte im Bereich Alte Heide zu erheblichem Schwerlastverkehr in Kamen-Heeren geführt haben. Es handle sich um drei- und vierachsige Anhänger mit 28-40t Gewicht, die zwischen 05.00 – 18.00 Uhr im Minutentakt durch die Ortschaft „donnern“. Es mache den Anschein, dass die Fahrzeuge der Firmen wie transoflex, DPD, DHL etc. die U32 als Abkürzung zu den Lagern benutzten und so die Autobahn umfahren würden, vermutlich um Mautgebühren zu sparen. Die Straße sei für diesen Verkehr nicht ausgelegt. Es gebe regelmäßig lange Staus und es sei auch schon zur Behinderung von Rettungsfahrzeugen gekommen. Durch die starke Verkehrsbelastung komme es auch zu einer erhöhten Stickstoffbelastung. Herr Streich bat darum, die Verkehrs- und Luftbelastung zu untersuchen und Lösungen zur Minderung der Problematik zu erarbeiten. Herr Streich betonte, dass es sich in diesem Bereich um Schul- und Kindergartenwege handle und die Kinder somit den extrem hohen Stickstoffoxiden ausgesetzt seien.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass es sich um eine Landesstraße und keine städtische Straße handle und die Zuständigkeit beim Landesbetrieb Straßen.NRW liege. Die Landesstraße habe im Netz eine gewisse Funktion und der Ausbau der Straße sei für diese Belastung ausgelegt. Vor nicht langer Zeit seien bereits Verkehrsmessungen erfolgt, zudem gebe es regelmäßig landesweite Verkehrsmessungen im 5-Jahres-Rhythmus. Die letzte landesweite Messung habe 2015 stattgefunden. Die Straße sei stark frequentiert, der DTV 2015 lag bei ca. 12.000 Fahrzeugen pro Tag. Im Vergleich der Zahlen von 2010 zu 2015 habe es jedoch keine nennenswerten Veränderungen gegeben. Herr Dr. Liedtke bot an, das Gespräch mit dem zuständigen Straßenbaulastträger Straßen.NRW zu suchen, um die Kritik und Hinweise weiterzugeben und sagte Herrn Streich eine Rückmeldung zu.

Herr **Lepke** kritisierte, dass der Weg in der Grünfläche in der Ortsmitte Heeren-Werve eine wassergebundene Wegedecke bekommen soll. Er fragte, warum kein Pflaster eingebaut werde, das eine geringere Pflegeintensität bei Laub etc. bedeute.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass in diesem Fall eine wassergebundene Wegedecke die beste und schonendste Lösung darstelle, um nicht so tief in den Untergrund eingreifen zu müssen. Der Wurzelbereich dürfe keinen Schaden nehmen.

Herr **Lepke** fragte, ob die provisorischen Kabelbinder am Brückengeländer im Sesekepark noch durch eine Dauerlösung ersetzt würden. Zudem kritisierte er die Anzahl an barrierefreien Sitzgelegenheiten im Sesekepark.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass es sich bei dem Gitter am Brückengeländer noch um ein Provisorium handle. Es gebe ausreichend Sitzmöglichkeiten im Sesekepark. Weitere Sitzaufgaben seien bereits bestellt und würden zeitnah installiert.

Zu TOP 2.

Integriertes Handlungskonzept Kamen-Heeren-Werve
hier: Bericht des Stadtteilmanagers, Herrn Hamborg, plan-lokal Dortmund

Herr **Körbel** stellte zunächst kurz das Büro plan-lokal vor und erläuterte den Hintergrund zum Stadtteilmanagement. Plan-lokal ist seit mehreren Jahren an der Entwicklung des Stadtteils Heeren-Werve beteiligt. Das Büro war mit der Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes für Kamen-Heeren-Werve beauftragt (2014-2015), das die Grundlage für die weiteren Förderanträge bildete (Förderbescheid 2016). Auch die Betreuung des Wettbewerbs für die Umgestaltung der Ortsmitte erfolgte durch plan-lokal. Derzeit betreibt plan-lokal das Stadtteilmanagement, besetzt das Stadtteilbüro und setzt Maßnahmen aus dem integrierten Handlungskonzept um. Die wesentlichen Aufgaben des Stadtteilmanagements lassen sich mit Beteiligen, Informieren und Vernetzen überschreiben. Ein wichtiger Teil der Arbeit ist die intensive Bürgerbeteiligung und das Anstoßen neuer Prozesse.

Herr Körbel fasste die wesentlichen aktuellen Projekte zusammen und gab einen Überblick zum weiteren Vorgehen, insb. zur Umgestaltung der Ortsmitte und zu weiteren Maßnahmen, z.B. Luisenpark, ehem. Freibad sowie die Spielplätze an der Rosenstraße und Bergstraße.
Herr Hamborg hat das Stadtteilmanagement von Frau Haake übernommen, die sich in Elternzeit befindet.

Herr **Hamborg** stellte zunächst das Stadtteilbüro und die entsprechenden Angebote vor. Anschließend erläuterte er die bereits durchgeführten und laufenden Projekte sowie die unterschiedlichen Beteiligungs-, Informations- und Vernetzungsangebote. Das Stadtteilmanagement kooperiere mit anderen Akteuren, z.B. der Polizei, den Seniorenbeauftragten und der Verbraucherzetrade. Aus dem Stadtteil habe sich die Initiative „Rund ums Dorf“ entwickelt, die sich regelmäßig treffe und bereits einige Projekte realisiert habe. Herr Hamborg berichtete zudem vom gut besuchten „Tag der offenen Türen“ am 6.4.2019, an dem über 40 Akteure dezentral ihre vielfältigen Angebote präsentierten. Im Rahmen der Baumaßnahme zur Umgestaltung der Ortsmitte werde es ein Baustellenmarketing geben. Des Weiteren biete der Verfügungsfonds eine Fördermöglichkeit für Projekte aus dem Stadtteil, die der Allgemeinheit dienen.

Herr **Dr. Liedtke** verwies ergänzend auf eine Mitteilungsvorlage der Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses vom 5.11.2018, in der der aktuelle Bewilligungsrahmen ausführlich dargelegt sei. Die Ausschreibung für den Umbau des Nebenzentrums befinde sich in der finalen Abstimmung, so dass im Sommer mit dem Bau begonnen werden könne.

Herr **Kasperidus** gratulierte zum gelungenen Stadtteilst und betonte die Funktion des Stadtteilbüros als zentrale Anlaufstelle vor Ort. Das Stadtteilmanagement koordiniere systematisch die vielen Ideen und führe zu einer positiven Entwicklung des Stadtteils. Er wünschte sich eine Fortführung der Rolle des Stadtteilmanagements auch nach dem Bewilligungszeitraum.

Frau **Müller** griff den Verfügungsfonds auf und kündigte an, sich für den Verein „Bürger für Bürger“ einzusetzen, um beispielsweise Hochbeete für den Luisenpark anzuschaffen. Sie regte eine Wiederholung des erfolgreichen Tags der offenen Türen an.

Frau **Dörlemann** fragte vor dem Hintergrund der Nutzung durch die Pfadfinder, warum die Toilettenanlagen des ehem. Freibads abgerissen worden

sein. Zudem erkundigte sie sich nach der Erreichbarkeit des Stadtteilmanagements außerhalb der doch recht eingeschränkten Öffnungszeiten am Mittwochvormittag.

Herr **Hamborg** antwortete, dass die Pfadfinder die Toilette des BSV Heeren nutzen könnten. Das Stadtteilmanagement habe hier koordinierend eingegriffen und diese Kooperation ermöglicht. Durch die Rufumleitung des Festnetzanschlusses sei eine durchgehende Erreichbarkeit gegeben. Auch der Kontakt per E-Mail und die Vereinbarung von Terminen auch außerhalb der offiziellen Öffnungszeiten seien möglich.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass die Toilettenanlagen des Freibads bereits vor Jahren durch die Stadtwerke abgebrochen worden seien, als noch keine Zwischennutzung der Fläche im Gespräch gewesen sei. Die derzeitige Lösung funktioniere gut.

Herr **Helmken** erkundigte sich, ob der Kostenrahmen von 4,3 Mio. € vor dem Hintergrund der derzeitigen konjunkturellen Entwicklung ausreichend sei, um die Projekte zu realisieren.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass der Bewilligungsrahmen von 4,3 Mio. € auf dem integrierten Handlungskonzept und den entsprechenden Kostenschätzungen basiere. Sollte es durch Preisentwicklungen zu Verteuerungen kommen, müsse darauf reagiert werden. Es sei beispielsweise möglich, innerhalb des Kostenrahmens flexibel Verschiebungen vorzunehmen. Dies erfordere allerdings einen entsprechenden Beschluss. Nach derzeitigem Stand sei eine Überschreitung des Kostenrahmens nicht absehbar.

Zu TOP 3.
033/2019

14. Änderung „Viktoria“ des Flächennutzungsplans der Stadt Lünen sowie Bebauungsplan Nr. 229 „Viktoria-Ost“
hier. Information zur Standortsuche Maßregelvollzugsklinik (Sondergebiet „Forensische Klinik“) in Lünen sowie zur Stellungnahme der Stadt Kamen

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, dass das Thema in der Vergangenheit im Rahmen der Standortsuche bereits ausführlich diskutiert worden sei. Die Forensik solle auf der Viktoria-Brache in Lünen errichtet werden. Der Mikrostandort auf der Viktoria-Brachfläche habe sich verändert, wie auf dem Lageplan dargestellt. Die Stadt Lünen habe die Stadt Kamen im Rahmen der Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes beteiligt. Eine Betroffenheit der Stadt Kamen sei nicht gegeben.

Zu TOP 4.
034/2019

Bürgerbeschwerde gem. § 24 GO NRW zur Verkehrssituation in der
Hansastraße
hier: Auswertung der Verkehrsmessung und weiteres Vorgehen

Herr **Breuer** nahm Bezug auf die vorliegende Beschlussvorlage. Die Bürgerbeschwerde habe den Planungs- und Straßenverkehrsausschuss durch einen Beschluss des Haupt- und Finanzausschuss erreicht, nachdem geprüft wurde, ob die Bürgerbeschwerde nach § 24 GO NRW zu werten sei. In der Konsequenz sei eine Beschlussvorlage erforderlich. Herr Breuer erläuterte, dass es sich bei der Hansastraße um einen verkehrsberuhigten Bereich handle. Das bedeute, dass es sich um eine gemeinsame Verkehrsfläche für alle Verkehrsteilnehmer handle, bei der eine Höchstgeschwindigkeit von 7 km/h zulässig sei. Aufgrund der Bürgerbeschwerde seien Verkehrsmessungen durchgeführt worden.

Bei den vorgenommenen Messungen im Januar wurden sowohl Verkehrsmengen als auch Geschwindigkeiten erhoben. Die Messung der Verkehrsmengen habe keine Auffälligkeiten ergeben. Es wurden 120 bis 200 Kfz am Tag gemessen, was für eine Straße dieser Größenordnung im normalen Rahmen läge. Die Aufgabe der ansässigen Arztpraxis und der Bäckerei habe möglicherweise zu einem Rückgang von Verkehrsmengen geführt. Die ermittelte Geschwindigkeit V85 zeigt mit durchschnittlich 30 km/h eine deutliche Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 7 km/h wurde in der Zeit der Messung lediglich bei ca. 50 von knapp 1000 Fahrzeugen eingehalten.

Weiter erläuterte Herr Breuer Überlegungen zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation an der Hansastraße. Die Möglichkeit zur Ausweisung einer Tempo-30 Zone, erfordere erhebliche bauliche Maßnahmen, da in diesem Falle die Verkehrsträger voneinander getrennt geführt werden müssen. Eine andere Alternative wäre der Vollausbau der Hansastraße zu einem verkehrsberuhigten Bereich. Auch dies erfordere erhebliche Baumaßnahmen, die mit entsprechenden Kosten verbunden seien.

Herr Breuer verwies darauf, dass eine weitere Möglichkeit darin bestünde die Verkehre weiter zu beschränken. In diesem Fall schlägt die Verwaltung vor, die Zufahrt von der Dortmunder Allee zur Hansastraße und umgekehrt durch Poller zu unterbinden. So würden Abkürzungen und Durchgangsverkehre über die Hansastraße verhindert werden. Die Verwaltung hoffe dadurch die Geschwindigkeiten reduzieren zu können, da die Straße dann hauptsächlich durch Anwohner genutzt werde, die die Verkehrssituation kennen. Eine Verkehrsmessung im Herbst solle dann zeigen, wie sich die Verkehrssituation durch die Maßnahme verändert habe.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte die Aussagen von Herrn Breuer und sieht die vorgeschlagene Maßnahme als verhältnismäßig an.

Herr **Kasperidus** begrüßte den Vorschlag und äußerte, dass die SPD der Beschlussvorlage folgen werde.

Auch **Herr Heidenreich** lobte den Vorschlag und stellte klar, dass die Fraktion der Beschlussvorlage auch zustimmen werde.

Herr **Helmken** schloss sich dieser Aussage an.

Herr **Diedrichs-Späh** bat zusätzlich um Prüfung, ob Parkplatzmarkierung beidseitig angebracht werden können, um so eine Geschwindigkeitsreduzierung der Fahrzeuge herbeiführen zu können. Der Beschlussvorlage stimme die CDU-Fraktion dennoch zu.

Auch Herr **Kissing** begrüßte aus Sicht des ADFCs die Abbindung der Straße.

Herr **Lipinski** ließ im Anschluss über die vorliegende Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, temporär eine Abbindung der Hansastrasse von/zur Dortmunder Allee für Kraftfahrzeuge vorzunehmen und die Verkehrssituation in der Hansastrasse weiter zu beobachten.

Die Auswirkungen dieser Maßnahme sollen in der 2. Jahreshälfte 2019 durch erneute Verkehrsmessungen überprüft werden.

Der Planungs- und Straßenverkehrsausschuss ist über die Ergebnisse zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Bauvorhaben im Stadtgebiet

Herrn **Dr. Liedtke** erklärte, dass die Stadt Kamen Anfang des Jahres einen Bauantrag für das alte „Metro“-Gelände erhalten habe und erläuterte die Planungen anhand der Folien in der Präsentation. Bei der geplanten Nutzung des Gebäudes handle es sich um Logistik- und Büroflächen. Das geplante Gebäude habe insgesamt eine Länge 576 m und sei damit etwa 1/3 größer als das kürzlich errichtete Logistikzentrum von arvalo. Über Details wie Erschließung des Geländes (z.B. auch über die Straße „Zollpost“), Stellplätze etc. soll in der Folge mit dem Bauherrn gesprochen werden.

Herr **Kissing** fragte, ob der Bebauungsplan eine Anbindung zwischen Zollpost und Henry-Everling-Straße vorsehe. Außerdem erkundigte er sich, ob der Bauherr in dem Bauantrag Vorkehrungen für die menschlichen Bedürfnisse von LKW-Fahrern getroffen habe.

Herr **Dr. Liedtke** ging zunächst auf die zweite Frage ein und verwies auf die anstehende Prüfung der Antragsunterlagen. Er gehe jedoch davon aus, dass der Bauherr entsprechende Vorkehrungen vorgesehen habe. Zur ersten Frage erläuterte er, dass der neue Bebauungsplan das nicht explizit vorsehe, er ließe es aber zu.

Herr **Breuer** ergänzte, dass es sich dabei um eine Grundstückszufahrt handle. Im Bebauungsplan könne man festsetzen, dass in einem bestimmten Bereich keine Zufahrt möglich sei. Im Bereich der Wohnhäuser an der Zollpost, gibt es eine festgesetzte Lärmschutzwand. Die mögliche Ausfahrt werde entsprechend nicht im Bereich der Lärmschutzwand realisiert.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach dem möglichen täglichen Verkehrsaufkommen von Lkw bzw. Pkw und nahm Bezug auf die Anzahl der Fahrten die im Rahmen des Arvato-Logistikzentrums prognostiziert wurden.

Herr Dr. **Liedtke** antwortete, dass er keine Informationen über Verkehrsmengen zu diesem Zeitpunkt habe und widersprach den genannten Zahlen von Herrn Diederichs-Späh.

Herr **Breuer** ergänzte, dass es sich bei den von Herrn Diederichs-Späh genannten Zahlen, um „Worst-Case“-Annahmen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens handelte, die sich auf das gesamte Gewerbegebiet bezogen. Herr **Dr. Liedtke** bestätigte das.

Herr **Standop** erkundigte sich, ob die Zufahrt zum jetzigen Gelände so bleiben werde.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, dass über die derzeitige Anbindung lediglich die Zufahrten abgewickelt werden sollen. Die Abfahrten sollen über die Straße Zollpost bzw. über das Arvato-Gelände stattfinden.

Herr **Helmken** erkundigte sich nach der Beweissicherung zu den auf dem Grundstück verlaufenden städtischen Kanalisationsleitungen. Herr **Breuer** erläuterte, dass die öffentlichen Kanäle erfasst seien und damals für kleinteiligere Strukturen angelegt worden waren, die in dieser Form nicht mehr benötigt werden und im Rahmen der Baumaßnahme ggf. privatisiert würden. Die Stadtentwässerung und der Investor befänden sich in einem engen Abstimmungsprozess.

Herr **Kissing** fragte noch, ob der Investor dort ein eigenes Entwässerungssystem anlegen wolle.

Herr **Dr. Liedtke** entgegnete, dass es bei der Frage von Herrn Helmken um die bereits vorhandenen städtischen Kanäle auf dem Grundstück gehe und nicht um Detailfragen der Entwässerung. Diese würden mit der Stadtentwässerung abgestimmt.

Herr **Dr. Liedtke** stellte das Bauvorhaben eines Mehrfamilienhauses mit 22 Wohneinheiten auf einem alten Gewerbegrundstück an der Borsigstraße vor und hob die unmittelbare Nähe zum Bahnhof Kamen hervor. Besondere Schallschutzmaßnahmen seien getroffen worden.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich, ob es sich bei den Wohnungen um sozialen Wohnraum handle und welche Größenordnungen die Wohnungen haben.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass es sich um frei finanzierte Wohnungen handle, die frei vermietet werden. Die Größe der Wohnungen sei nicht bekannt.

Herr **Schaumann** erkundigte sich nach der Höhe der Mieten.

Herr **Dr. Liedtke** bat um Verständnis, dass er auch diese Frage nicht beantworten könne, da es sich um einen privaten Investor handle.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

6.1 Mitteilungen der Verwaltung

6.1.1 Kanalbaumaßnahme Margaretenkirche

Herr **Dr. Liedtke** teilte mit, dass die Ausschreibung der Kanalbaumaßnahme im Umfeld der Margaretenkirche abgeschlossen sei und die Vergabe der Bauleistung noch in der laufenden Woche stattfindet. Abschluss der Baumaßnahme werde für den Herbst (Oktober) vorausgesagt.

6.1.2 Fällungsmaßnahmen „Am Schwimmbad“

Herr **Dr. Liedtke** teilte mit, dass nach der Notfällung einer Buche und einer Birke in der Straße „Am Schwimmbad“ durch Sturmschäden zwei weitere Buchen gefällt werden müssen. Die Fällarbeiten sollen schnellstmöglich beginnen.

6.1.3 Parkplatz Germaniastraße, Prüfung Nachpflanzung von Bäumen

Herr **Dr. Liedtke** ging mit dem dritten Punkt auf eine Anfrage von Herrn Diederichs-Späh ein, der sich in der Vergangenheit nach einem Ersatz für den entfallenen Baumbestand auf dem Parkplatz an der Germaniastraße erkundigte. Herr Dr. Liedtke antwortete, dass dort zukünftig kein neuer Baumbestand gepflanzt werde, da die Bäume auf dem Parkplatz nicht genug Platz haben ohne, dass Stellplätze dafür weichen müssten.

6.2 Anfragen

6.2.1 Instrumentarium „Denkmalbereichssatzung“

Herr **Stoltefuß** regte an, Bereiche der Stadt durch eine Denkmalbereichssatzung zu schützen und verwies dabei auf Nachbarstädte, die Bereiche ihrer Innenstädte bereits durch dieses Instrument schützen. Für die Stadt kamen sieht er Potenzial am Markt, an der südlichen Bahnhofstraße und in der Altstadt. Die Ortsheimatpfleger möchten in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung Vorschläge erarbeiten und diese dem Ausschuss vortragen. Herr Lipinski sagte, dass die Verwaltung dazu bereit sei und Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass die Verwaltung sich bereits mit den Vorschlägen auseinandersetze, es aber eine enge Abstimmung mit dem Landschaftsverband (LWL) bedürfe. Er stellte in Aussicht, dass das Thema Denkmalbereichssatzung zu gegebener Zeit auf der Tagesordnung zu finden sein werde.

6.2.2 Borsigstraße - Verkehrssituation

Herr **Helmken** teilte mit, dass an der Borsigstraße bereits öfter beobachtet wurde, dass dort gegen die Einbahnstraßenregelung verstoßen werde und erkundigte sich, ob dort ein weiteres Schild angebracht werden könne.

Herr **Dr. Liedtke** sagte eine Prüfung zu.

6.2.3 Fahrradunfallbereich Lünener Straße / Hilsingstraße

Herr **Kissing** nahm Bezug auf einen tödlichen Fahrradunfall auf der Lünener Straße / Hilsingstraße und bat darum die Ergebnisse der Beratung der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Unfallschwerpunkte“ zu diesem Unfall in den Ausschuss tragen zu können. Der Bereich sei bereits sehr verbessert worden, allerdings immer noch keine Ideallösung.

Herr Dr. **Liedtke** sagte, dass die Stadt Kamen nicht federführend im Verfahren sei, da dort Landesstraße auf Kreisstraße auf Bergkamener Stadtgebiet trafe. Informationen und Vorschläge zu Maßnahmen könne der ADFC in diesem Ausschuss vorstellen.

Herr **Kissing** sagte, dass der ADFC das Thema gerne in den Straßenverkehrsausschuss der Stadt Bergkamen einbringen würde, der ADFC dort aber keinen Sitz habe.

6.2.4 Leitpfosten Westicker Straße

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach der erneuten Sicherung des Schulwegs an der Westicker Straße zwischen der Einmündung Steinstraße und dem Kreisel Am Langen Kamp. Die aufgestellten Lightboys seien innerhalb von einer Woche zerstört und seien jetzt gänzlich verschwunden.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass die Westicker Straße eine Kreisstraße sei. Die Stadt habe den Kreis bereits gebeten die Lightboys wieder aufzustellen, die im Rahmen einer Baumaßnahme entfernt wurden.

Hinweis der Verwaltung:

Der Kreis Unna hatte zunächst die Leitpfosten abgebaut, da diese immer wieder umgefahren wurden. Zwischenzeitlich sind auf Drängen der Stadt Kamen durch den Kreis Unna wieder Leitpfosten errichtet worden.

6.2.5 Lärmaktionsplan, 3. Runde

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach dem Sachstand des Lärmaktionsplanes Stufe 3 und fragte nach den nicht umgesetzten Maßnahmen der Stufe 2 und die im Jahr 2020 fällige Fortschreibung des Lärmaktionsplanes Stufe 3.

Herr **Dr. Liedtke** entgegnete, dass an der 3. Runde der Lärmaktionsplanung gearbeitet werde und in Kürze ohnehin Thema im Ausschuss sein wird.

Herr **Breuer** ergänzte, dass es sich bei dem Lärmaktionsplan, 3. Runde, um die Fortschreibung des Lärmaktionsplans Stufe 2 handle. Diese umfasst alle Abschnitte, die in der 1. und 2. Stufe bereits vorhanden waren und werde jetzt alle 5 Jahre fortgeschrieben. Herr Diederichs-Späh fragte nach einem Zeithorizont für die 3. Runde des Lärmaktionsplans. Herr Breuer sagte, dass die öffentliche Auslegung vermutlich im Sommer diesen Jahres stattfinden und man dann zum Ende diesen bzw. Anfang des nächsten Jahres in die Beratung gehen könne.

6.2.6 Kanalbaumaßnahme Margaretenkirche

Herr **Helmken** stellte eine Rückfrage zur Kanalbaumaßnahme im Bereich der Margaretenkirche. Er erkundigte sich, nach der Zeitschiene von Submission und Vergabe.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass die Submission bereits stattgefunden habe und die Auftragsvergabe diese Woche vorgenommen werde.

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 19.56 Uhr.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Breuer
Schriftführer